

VERBAND SOLOTHURNER EINWOHNERGEMEINDEN



Staatskanzlei Rathaus Barfüssergasse 24 4509 Solothurn

Obergerlafingen, 18. November 2025/BLUM

Anpassungen bei der Zustellung von Verfügungen und Entscheiden

Werter Herr Staatsschreiber, geschätzter Yves Sehr geehrte Damen und Herren

Die schriftliche Zustellung von Verfügungen und Entscheiden durch Verwaltungsbehörden erfolgt im Kanton Solothurn vor allem durch Einschreiben. Ein Teil dieser Entscheide könnte durch A-Post Plus Sendungen ersetzt werden, welche nur die Hälfte kosten. Die Umsetzung der Massnahme erfolgt durch Änderungen im Gesetz über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen und im Gesetz über die Staats- und Gemeindesteuern, sowie durch eine entsprechende Weisung des Regierungsrates.

Durch die Aufhebung von § 21ter VRG erhalten die Gemeinden mehr Autonomie und können durch die Verwendung der Zustellform A-Post Plus ebenfalls Einsparungen realisieren. Die regierungsrätliche Weisung für den Postversand gilt nur für den Kanton und nicht für die Gemeinden. Der VSEG und VGSo begrüssen die erhöhte Autonomie für die Gemeinden, welche mit dieser Massnahme einhergehen.

Wir danken dem Regierungsrat für die Aufnahme unserer Vernehmlassungseingaben in den Gesetzesentwurf zuhanden des Kantonsrates.

Freundliche Grüsse

VERBAND SOLOTHURNER EINWOHNERGEMEINDEN

Der Präsident

Der Geschäftsführer

Roger Siegenthaler

Thomas Blum

VERBAND DES GEMEINDEPERSONALS DES KANTONS SOLOTHURN

Der Präsident

Michael Steiner